

## Parlament

# Sie leben gut mit den Lobbys

Politiker wollen mit einer ganzen Reihe von Vorstössen erreichen, dass Lobbyisten im Parlament nicht mehr so viel Einfluss haben. Doch die Mehrheit wird wohl nichts daran ändern.

TEXT: OTTO HOSTETTLER

Im Bundeshaus herrscht Wettrüsten. Wer etwas auf sich hält, hat sich in den letzten Wochen als Transparenzapostel positioniert. Die Liste der Vorstösse aus den Reihen von SVP, FDP, SP, Grünen und Grünliberalen zum Thema Lobbyismus ist inzwischen auf ein Dutzend angewachsen. Ausschlaggebend dafür war der Fall Kasachstan: Marie-Louise Baumann, Verwaltungsratspräsidentin der weltweit tätigen Lobbyfirma Burson-Marsteller, diktierte der Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder einen politischen Vorstoss. Auftraggeber war ein kasachischer Politiker aus dem Umfeld des autokratischen Regimes. Baumann tauchte zunächst ab. Dann verliess die 69-Jährige Burson-Marsteller. Markwalder kroch zu Kreuzen. Die FDP-Nationalrätin bezeichnete sich selbst als naiv und gelobte Besserung.

Mehrere Parlamentarier stören sich daran, dass Lobbyisten ins Bundeshaus gelangen, ohne über ihre Auftraggeber Rechenschaft abzulegen. Möglich wird das dank der heute geltenden laschen Regelung. Jeder Parlamentarier kann zwei x-beliebigen Personen einen Zutrittsausweis übergeben, mit dem diese unbeschränkten Zugang zu den nichtöffentlichen Bereichen des Bundeshauses erhalten.

## Schwächste Forderung chancenlos

Die neusten Forderungen nach mehr Transparenz in Sachen Lobbyisten haben eins gemeinsam: Es ist nicht zu erwarten, dass sie im Parlament durchkommen. Die schwächste aller Forderungen wurde in anderer Form schon vor einem Jahr bachab geschickt. Damals verlangte die Waadtländer FDP-Nationalrätin Isabelle Moret, National- und Ständeräte müssten deklarieren, ob ihre sonstigen Tätigkeiten ehrenamtlich oder bezahlt ausgeführt würden. Wohlverstanden: Mit dieser Regelung hätten die Parlamentarier nicht angeben müssen, wie viel sie mit einer Nebenbeschäftigung kassieren.

## Der Wunschtraum von der Transparenz

Nach der Kasachstan-Affäre haben verschiedene Parlamentarier Forderungen eingereicht:

**Didier Berberat, SP**



### Regelung für transparentes Lobbying im Parlament

(parlamentarische Initiative)

Berberat fordert ein zentrales, öffentliches Register, wo Lobbyisten ihre Arbeitgeber und Mandate offenlegen. Bei Verstössen gäbe es Sanktionsmöglichkeiten.

**Kathrin Bertschy, GLP**



### Ausstandspflicht bei direkten finanziellen Eigeninteressen

(parlamentarische Initiative)

Bertschy kritisiert, dass Räte in Kommissionen für ihre Branche lobbyieren. Sie will in Kommissionen eine Ausstandspflicht bei direkten finanziellen Eigeninteressen.

**Andrea Caroni, FDP**



### Transparenz über die Mandate von Lobbyisten

(parlamentarische Initiative)

Caroni will, dass Lobbyisten ihre Mandate offenlegen. Er regt ein Akkreditierungssystem an. Dieser Vorschlag hatte vor einem Jahr im Nationalrat keine Chance.

Es ging lediglich um die Unterscheidung zwischen bezahlt und unbezahlt.

Aus dem Strauss der aktuellen Forderungen stechen die Ideen von SVP-Nationalrat Peter Keller hervor. Er strebt das Gleiche an wie Moret vor einem Jahr – aber in noch unverbindlicherer Form: auf freiwilliger Basis. Keller verlangt damit allen Ernstes, dass National- und Ständeräte freiwillig deklarieren, ob sie eine Tätigkeit bezahlt oder ehrenamtlich ausführen. Er stellt sich auf den Standpunkt, dass es mit der heutigen Regelung nicht einmal möglich sei, diese Unterscheidung von sich aus zu machen.

## Nur auf den ersten Blick revolutionär

Keller lehnt sich jedoch zugleich auch aus dem Fenster: Mit einem weiteren Vorstoss verlangt er, dass National- und Ständeräte Einkünfte aus ihren Tätigkeiten offenlegen müssen. Sein Vorschlag: Parlamentarier sollten die Entschädigungen ihrer Mandate in eine von zehn Kategorien einteilen. Stufe 1 würde Einkünfte über 1200 bis 3500 Franken bedeuten, Stufe 10 Einkünfte über 250 000 Franken.

Seine Forderung klingt nur auf den ersten Blick revolutionär. Für den unwahrscheinlichen Fall, dass sie im Parlament eine Mehrheit findet, hat Keller zwei Passagen zur Beruhigung seiner Partei eingebaut: Bei «gesetzlichen oder vertraglichen Verschwiegenheitspflichten kann anstelle von Name und Sitz des Vertragspartners eine anonymisierte Form gewählt werden, z.B. «Mandant 1»». Das heisst: Wenn ein Parlamentarier seine Einkünfte zum Beispiel als Präsident eines Verbands verschleiern möchte, müsste er in seinem Vertrag mit dem Verband lediglich Stillschweigen über die Entschädigung vermerken.

Die zweite Passage ist noch schöner: «Von der Anzeigepflicht ausgenommen sind Einkünfte aus Tätigkeiten in Körperschaften, Anstalten und Stiftungen, die in eigenem Besitz sind (Mindestka-



**Grüne Fraktion**, Balthasar Glättli



## Transparenz über das Lobbying via Tages-Zugangsbewilligungen

**(parlamentarische Initiative)**

Die Grünen fordern, dass nicht nur die Namen der unbeschränkt Zutrittsberechtigten veröffentlicht werden, sondern auch diejenigen der «temporären» Gäste. Also der zahlreichen Tagesgäste, über die niemand einen Überblick hat.

## Parlamentarische Interessenbindungen mit Angabe der finanziellen Entschädigung ergänzen

**(parlamentarische Initiative)**

Bei jeder Interessenbindung soll auch die Entschädigung aufgeführt werden; eingeteilt in Kategorien (ähnlich dem Vorschlag Keller, siehe mittlere Spalte).

## Transparenz über die Parteifinanzierung

**(Motion)**

Politische Parteien seien zu verpflichten, Zuwendungen von juristischen und natürlichen Personen ab einem bestimmten Schwellenwert öffentlich auszuweisen. Den Schwellenwert lässt die Motion offen.

pitalbeteiligung von 10 Prozent)» Das würde etwa Unternehmern erlauben, ihre Einkünfte zu verschweigen.

Keller beteuert, es gehe ihm ums Milizsystem, das er stärken wolle. «Dieses System braucht unabhängige Parlamentarier. Unabhängig sind sie dann, wenn sie aus finanzieller Sicht nicht auf ihr Amt angewiesen sind.» Sprich: Wer dank seines Amtes einträgliche Funktionen übernehme, solle diese Einkünfte offenlegen.

### Selbstdeklaration mit grossen Lücken

Am gravierendsten Mangel im heutigen System stört sich offensichtlich keiner: Niemand kontrolliert die Angaben der National- und Ständeräte zu deren Interessenbindungen. «Der Gesetzgeber hat keine systematische Kon-

**Peter Keller**, SVP



## Offenlegungspflicht für Einkünfte aus Tätigkeiten, die unter die Offenlegungspflicht (Interessenbindungen) fallen

**(parlamentarische Initiative)**

Keller schlägt vor, dass Parlamentarier Einkünfte aus Tätigkeiten in zehn Kategorien einteilen müssen (je nach Höhe der Einkünfte). Ausnahmen: Bei gesetzlichen oder vertraglichen Verschwiegenheitspflichten können Name und Sitz des Vertragspartners anonymisiert werden. Ausgenommen wären auch Einkünfte aus Tätigkeiten in Gesellschaften, die im eigenen Besitz sind (Mindestkapitalbeteiligung: zehn Prozent).

## Freiwillige Deklaration ehrenamtlicher und bezahlter Tätigkeiten, die unter die Offenlegungspflicht (Interessenbindungen) fallen

**(parlamentarische Initiative)**

Parlamentarier sollen freiwillig angeben können, ob ihre Tätigkeiten ehrenamtlich oder bezahlt ausgeführt werden. Wer möchte, könnte bei den bezahlten Tätigkeiten auch die Einkünfte angeben.

trolle der Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben der Ratsmitglieder vorgesehen: Die Offenlegung liegt in der Eigenverantwortung der Ratsmitglieder», hält der Rechtsdienst des Parlaments fest. Das Transparenzprojekt Lobbywatch Schweiz, bei dem Journalisten die Interessenbindungen der Parlamentarier und ihrer zutrittsberechtigten Gäste recherchieren, findet praktisch bei jedem zweiten Parlamentarier unvollständige, fehlerhafte oder veraltete Angaben.

Die langjährige FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger etwa, die nach der Kasachstan-Affäre ihren beiden Gästen die Zutrittsausweise strich (siehe Beobachter Nr. 11), hatte zugleich «vergessen», drei Tätigkeiten zu deklarieren. Andere wissen manchmal

## Register der Interessenbindungen. Unterscheidung von ehrenamtlichen und bezahlten Tätigkeiten

**(parlamentarische Initiative)**

Die Interessenbindungen der Parlamentarier sollen unterschieden werden in ehrenamtliche (bis 1200 Franken pro Jahr) und bezahlte Tätigkeiten.

**Nadine Masshardt**, SP



## Mehr Transparenz. Regelung bei Spenden

**(parlamentarische Initiative)**

Masshardt will mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung und der Unterstützung von Politikern. Spenden über 5000 Franken an Politiker müssten in einem öffentlichen Register aufgeführt werden.

**Lukas Reimann**, SVP



## Transparentes Lobbyregister

**(Motion)**

Reimann will mit einem verbindlichen Lobbyistenregister den Zutritt zum Parlament transparent regeln. Er wiederholt damit seine Forderung von 2009, die 2011 abgeschrieben wurde, ohne im Parlament beraten worden zu sein.

selbst nicht mehr genau, wo sie überall dabei sind. Das zeigt sich insbesondere bei den über 100 sogenannten parlamentarischen Gruppen. Das sind mehr oder weniger lose Vereinigungen von Parlamentariern unterschiedlicher Parteien zu konkreten Themenbereichen. SP-Nationalrätin Evi Allemann etwa schrieb Lobbywatch: «Ich bin wie fast alle National- und Ständeräte in zig Gruppen eingeschrieben und habe selber nicht den Überblick, wo ich überall dabei bin. Das geht allen so.» Was Allemann ausblendet: Zahlreiche dieser parlamentarischen Gruppen werden inzwischen durch Lobbyfirmen geführt oder haben ihr Sekretariat bei Interessenverbänden. ■

Interessenbindung des Autors: Otto Hostettler ist Co-Präsident des Vereins Lobbywatch.ch.